

Konturen einer neuen Arbeitsgesellschaft: Transformationsprozesse in der VR China

Von Jutta Hebel

1. Einleitung

Die Reformpolitik seit dem Ende der 70er Jahre leitete in China eine Periode der Systemtransformation und des dynamischen Wirtschaftswachstums ein. Der Umbau der Wirtschaft und das Wachstum konnten nicht ohne tiefgreifende Veränderungen im Erwerbssystem erreicht werden. Der offizielle Übergang von der Planwirtschaft zur sog. »sozialistischen Marktwirtschaft« ließ in den 90er Jahren einen Arbeitsmarkt entstehen, der den Charakter der Arbeit veränderte, neue gesellschaftliche Bindungen konstituierte und die Subjektivität der arbeitenden Individuen stärkte.

Arbeit stellte einen der zentralen Werte in der sozialistischen Gesellschaft dar, den die Politik ideologisch vereinnahmte. Die staatliche Arbeitsplanung und -verwaltung bestimmte den konkreten Umgang mit den Arbeitskräften. Die Vergabe von Arbeitsplätzen bildete die wichtigste staatliche Ressource zur Integration der chinesischen Bevölkerung in die sozialistische Gesellschaft. Das staatliche Monopol der Arbeitsplatzzuteilung schuf eine paternalistische Beziehung zwischen Staat und Individuen und band die Menschen in Fürsorgeverhältnisse und Verpflichtungen ein. Dabei wurde jedoch in bezug auf Stadt und Land gänzlich unterschiedlich verfahren. Die Fürsorge des Staates galt vornehmlich der städtischen Arbeitersklasse.

In China vollzieht sich nicht primär ein historischer Übergangsprozeß von einer vorindustriellen zu einer industriellen Gesellschaft. In der europäischen Industrialisierung traten feudale Bindungen in der ländlichen Arbeit zurück und das zunftmäßige Handwerk löste sich auf und wurde durch marktvermittelte Erwerbsarbeit in Manufakturen, Fabriken und Büros ersetzt. In China findet in erster Linie ein Transformationsprozeß statt, in dem die Sphäre der Arbeit aus der vollständigen politischen Dominanz gelöst und Arbeit schrittweise zur marktvermittelten Erwerbsarbeit umgeprägt wird. Die sozialistische Ideologie bewertete Arbeit hoch, erklärte die Arbeiter zu »Herren der Betriebe«, entmündigte sie aber gleichzeitig und band sie in lehnsartige Abhängigkeitsverhältnisse zum Staat, zur Partei und zu den Betriebsleitungen ein. Der Verbund von Arbeitsbürokratie und paternalistischem Management entrechtferte die Arbeitskräfte und beschrikt ihre individuellen Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig verhinderte die Politik die Ausbildung einer eigenständigen Arbeitssphäre sowie arbeitsspezifischer Institutionen und Regeln.

Der gegenwärtige Transformationsprozeß befördert mit großer Dynamik marktvermittelte Erwerbsarbeit als neuen Arbeitstypus.¹ Die gesellschaftlichen Sphären von Arbeit und Politik treten auseinander. Erwerbsarbeit wird zu einem organisierenden Prinzip der Gesellschaft und folgt ökonomischer Rationalität. Erwerbsarbeit und Nichtarbeit (Arbeitslosigkeit) bilden eine neue Polarität, denn Arbeitslosigkeit ist nicht länger ein administratives, sondern ein ökonomisches Phänomen. Erwerbsarbeit gewinnt eine statusbestimmende Rolle für die Indi-

1) Kocka (2000: 481) definiert: »Erwerbsarbeit meint Arbeit, die zur Herstellung von Gütern oder Erbringung von Leistungen zum Zweck des Tausches auf dem Markt dient, mit der man ein Einkommen erzielt, von dem man lebt, durch die man verdient: sei es in abhängiger oder selbstständiger Stellung oder in einer der vielen Zwischenstufen, sei es mit manueller oder nicht-mamueller, mit mehr oder weniger qualifizierter Tätigkeit. Lohnarbeit ist nur eine, wenngleich die wichtigste und bei weitem verbreitetste Form von Erwerbsarbeit gewesen und geblieben.«

viduen, da ihr Status nicht länger von individuell kaum zu beeinflussenden politischen Zugangsdefinitionen zu Arbeitsplätzen abhängt. Kurz gesagt, Erwerbsarbeit wirkt in dieser Transformationskonstellation strukturbildend für die Gesellschaft, erzeugt neue Integrationserfordernisse und Bindungen und entwickelt sich zum zentralen Kriterium für das Selbstverständnis der Individuen.

Arbeit ist in allen Gesellschaften eine unerlässliche Existenzbedingung, Grundlage der Produktion und Reproduktion. Sie bildet daher den Grundstein der Gesellschaftsanalyse in gänzlich unterschiedlichen soziologischen Theorierichtungen. Eingeschränkt auf Erwerbsarbeit wird sie im allgemeinen als ein Merkmal moderner kapitalistischer Gesellschaften behandelt. Wenn es richtig ist, dass Arbeit nicht nur abstrakt einen hohen Stellenwert in den sozialistischen Gesellschaften hatte, sondern Arbeit auch konstitutiv für diese Gesellschaften und ihre sozialen Bindungen war, dann drängt sich die Frage nach den Unterschieden von Arbeit in der sozialistischen Periode und der entstehenden modernen Erwerbsarbeit der »Sozialistischen Marktwirtschaft« auf. Die ideologischen und politischen Antworten auf diese Frage sind hinlänglich bekannt, vor allem wenn die marxistische Arbeitslehre zur Erklärung von Arbeit im Kapitalismus und Sozialismus herangezogen wird. Welche konkreten Unterschiede bestehen aber in bezug auf Arbeit in beiden Etappen der chinesischen Entwicklung? Welche Institutionen werden ausgebildet und wie sind die gesellschaftlichen Sphären geordnet? Wie unterscheidet sich konkret die Vergesellschaftung in und durch Arbeit? Welche Bedeutung hat Arbeit für die Individuen und wie schlägt sie sich in den Lebensläufen der Menschen nieder?

Mit Hilfe der Schlüsselkategorie Arbeit sollen die aktuellen Transformationsprozesse in der chinesischen Gesellschaft analysiert werden. Ein arbeitszentrierter Ansatz schließt nicht die Wirkung anderer Institutionen für die gesellschaftliche Integration und soziale Bindungen aus, sondern richtet den Fokus vielmehr auf Gewichtungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären (z.B. Arbeit und Familie, Arbeit und Bildung) und auf Prozesse der Integration und Vergesellschaftung in und durch Arbeit. Der Begriff »Arbeitsgesellschaft« rückt die gesellschaftsstrukturierende Kapazität der Arbeit in den Mittelpunkt der Analyse. In diesen Ausführungen wird die These vertreten, dass die politische Überformung von Arbeit während der planwirtschaftlichen Periode allmählich zurücktritt und die gesellschaftliche Determinationskraft der Arbeit zunimmt. Erwerbsarbeit wird zum konstitutiven Prinzip für Individuen und gesellschaftliche Gruppen sowie für Markt und Staat. Damit entwickeln sich die Konturen einer neuen Arbeitsgesellschaft.

In Abschnitt 2 wird die Bedeutung von Arbeit, ihre politische Überformung und die Integration der Menschen über die Arbeit unter sozialistischem Vorzeichen dargestellt. Anschließend wird in Abschnitt 3 der Übergang zur marktvermittelten Erwerbsarbeit in der Transformationsperiode herausgearbeitet. Den Wandel im Typus von Arbeit und die Bedeutung von (Erwerbs-)Arbeit für die Vergesellschaftung der Menschen behandelt Abschnitt 4. In Abschnitt 5 wird ein kurzes Fazit gezogen.

Grundlagen dieser Ausführungen bilden neuere chinesische Materialien und vorliegende empirische Untersuchungen.² Die Arbeit stützt sich auf eine jahrelange eigene empirische Beobachtung des chinesischen Arbeitsmarktes. Persönliche Fachgespräche mit chinesischen Kollegen an Universitäten und Akademien für Sozialwissenschaften (Beijing, Shanghai, Nanjing, Hongkong) sowie im Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit im Frühjahr 2004 runden den Kenntnisstand ab.

2) Chinesische Statistische Jahrbücher, chinesische Berichte und Berichte internationaler Organisationen (z.B. Weltbank, ILO, ADB). Ferner liegen den Ausführungen die Ergebnisse empirischer Studien zugrunde (vgl. die Literaturliste).

2. Arbeit in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft

Arbeit als Recht und Pflicht der Menschen

Arbeit war im Sozialismus einer der zentralen gesellschaftlichen Werte. Sie war gleichermaßen Recht und Pflicht. Seit den 50er Jahren hatte sich in China ein vom marxistischen Arbeitsverständnis und der Planwirtschaft bestimmtes Arbeitsregime herausgebildet. Kerngedanken waren u.a., dass Arbeit keine Ware wie jede andere sei und daher auch nicht über Arbeitsverträge käuflich sein könne. Arbeitsmärkte waren mit dem sozialistischen Arbeitsverständnis unvereinbar. Die Überlegenheit des sozialistischen Erwerbssystems wurde mit dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und der materiellen Verteilungsgerechtigkeit begründet. Arbeitsplanung und Arbeitskräfteallokation waren Teil der staatlichen Planwirtschaft. Die Arbeitsverwaltung wies die Arbeitskräfte nach ihren Plänen den Arbeitseinheiten (*danwei*) zu und richtete sich dabei weder nach betrieblichen Erfordernissen noch individuellen Wünschen, sondern nach der Zahl der Schulabgänger. Eine Arbeitsplatzzuweisung galt lebenslang und begründete ein vertragsloses Arbeitsverhältnis. Die Zugehörigkeit zu einer *danwei* endete weder mit der Pensionierung noch mit einer Entfernung vom Arbeitsplatz. Sie trennte Familien, denn jedes einzelne erwerbstätige Familienmitglied gehörte seiner eigenen Arbeitseinheit an. Arbeit in den Städten nahm die Form eines »sozialistischen Normalarbeitsverhältnisses« lebenslanger formeller Vollzeiterwerbstätigkeit für Männer und Frauen an. Während der gesamten planwirtschaftlichen Periode war die chinesische städtische Bevölkerung in ein starres institutionelles Gefüge eingebunden, das einen klaren Kontext zwischen Arbeitsplatzzuteilung, Arbeitsbiographie und Teilhabe am betrieblich gebundenen sozialen Sicherungsnetz herstellte.

Arbeitsplanung und Sozialplanung gingen Hand in Hand. Die materielle Distribution erfolgte nach politischen Kriterien und administrativen Vorgaben. Die Politik der niedrigen Einkommen implizierte Einkommensegalität zwischen den Beschäftigten des öffentlichen Sektors, wurde aber durch ungleiche Subventionen, kostenfreie Leistungen und Prämien modifiziert. Materielle Verteilungsgerechtigkeit und Egalität zwischen unterschiedlichen Sozialgruppen waren dagegen nicht vorgesehen, vor allem nicht zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Die Entscheidungsfreiheit der Menschen über den Einsatz ihrer Arbeitskraft - die freie Berufs- und/oder Arbeitsplatzwahl - wurde zugunsten einer paternalistischen staatlichen Fürsorge aufgehoben. Vermehrt höherwertige gesellschaftliche Ziele, wie die gesellschaftliche Vollbeschäftigung, das Recht auf Arbeit für jeden Bürger, die behauptete größere volkswirtschaftliche Rationalität gelenkter Arbeitsallokation und die egalitäre Distribution obsiegten gegenüber individuellen Freiheitsrechten und Autonomie. Sicherheit und Versorgung wurde den Menschen im Tausch gegen die Integration in ein System autoritär bestimmter Abhängigkeiten geboten.

Arbeit war zwar Recht und Pflicht für alle Menschen, aber die Möglichkeit zur Wahrnehmung dieses Rechtes hing vom politisch und administrativ definierten Status der Menschen in der Gesellschaft ab. Die privilegierte Stellung der städtischen Arbeiterklasse wurde mit ihrer politischen Avantgarderolle legitimiert. Administrative Kriterien, wie die weiter unten zu erläuternde Haushaltsregistrierung und das System der Arbeitseinheiten, begründeten ungleiche Teilhabechancen und waren unvereinbar mit der Idee eines gleichen Bürgerstatus. Die Zugehörigkeit zu einer städtischen Arbeitseinheit (z.B. Staatsbetrieb, Verwaltungseinheit, Universität oder Schule) dominierte den zivilen Status der Menschen. Chinesen legitimierten sich z.B. durch ihren Arbeitsausweis als Angehörige der Arbeitseinheit. Identitätskarten als Ausweis eines über die Arbeit hinausgehenden Bürgerstatus wurden erst nach 1985 eingeführt.

Während Arbeit die Städter in ein zweistufiges Verhältnis zum Staat brachte³, blieb die Landbevölkerung den Kollektiven zugeordnet. Ihr gesellschaftlicher Status zwang sie in die ländliche Produktion hinein, versagte ihnen regionale und soziale Mobilität und grenzte sie von der Teilhabe an weiteren staatlichen Ressourcen aus. Die chinesische Gesellschaft war in Zeiten der Planwirtschaft in zwei gegeneinander abgeschottete Teilgesellschaften gespalten. Die Individuen waren jeweils über Arbeit in städtische *danwei* bzw. in das dreistufige System der ländlichen Volkskommunen, Produktionsbrigaden und Produktionsteams integriert.

Arbeitsplätze als Ressource und Instrument staatlicher Kontrolle

Arbeitsplätze hatten eine überragende Bedeutung für jeden Chinesen und sie waren die eindeutig wichtigste Ressource, die der sozialistische Staat an die Arbeiterklasse zu vergeben hatte. In den Städten verfügte der Staat über das Vergabemonopol, da der private Eigentumssektor nach der Verstaatlichung zum Ende der 50er Jahre und private unternehmerische Initiativen unterdrückt wurden. Auf dem Land war die private Landwirtschaft der Kollektivierung zum Opfer gefallen, zeitweise wurde sogar die Produktion für den Eigenbedarf untersagt. Gleichzeitig zog sich der Staat aus der direkten Planung und Verantwortung für das Land zurück. Er schrieb den Volkskommunen Produktionsquoten und Abgabepreise für Getreide vor. Die konkrete Organisation der Produktion, Arbeit und Verteilung oblag den unteren Ebenen der Kollektive.

Mit Hilfe der Arbeitsplanung für die städtische Bevölkerung zog der Staat alle Handlungskompetenzen und Ressourcen an sich und intervenierte in dreifacher Weise in die gesellschaftliche Realität. *Erstens* schuf er mit der Ressourcenvergabe (Arbeits- und Sozialfonds) an die Betriebe gesellschaftliche Entitäten, die den Charakter von »kleinen Gesellschaften« hatten. Sie erfüllten umfassende gesellschaftliche Funktionen und schlossen ihre Mitglieder lebensphärenübergreifend ein. *Zweitens* vermittelte der Staat über diese Einheiten die politische Ideologie und das Wertesystem an die Basis und durchdrang auf diese Weise den Alltag jedes einzelnen Arbeiters. *Drittens* bewirkte die alternativlose Vergabe von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen durch den Staat ein absolutes Kontrollmonopol und führte zu Abhängigkeiten und erzwungener Lehnstreue der Menschen.

Während staatliche Leistungen und Sicherheiten die Kontrolle, Abhängigkeit und mangelnde Autonomie der Menschen in den Städten sicherstellten, bildeten administrative Regeln zur Mobilität und Produktionsgestaltung das Korsett für die Kontrolle des ländlichen Raums. Kollektivwirtschaft und Redistribution lokaler Erträge im ländlichen Sektor waren die Grundlage für das ländliche Lebensniveau und die gesellschaftliche Integration der Landbevölkerung.

Hukou und Danwei als spezifische Institutionen zur Vergesellschaftung in und durch Arbeit

Arbeit bildete die entscheidende Grundlage zur Integration der Bevölkerungsteile in eine fragmentierte und zellulare Gesellschaft, die der sozialistische Staat politisch erzeugte und administrativ steuerte. Er definierte diejenigen Bevölkerungsgruppen, die Zugang zu den privilegierten Arbeitsplätzen und zu umfassender Versorgung erhalten sollten und schloß andere (vornehmlich die ländliche) Bevölkerung davon aus. Die Institutionen der Haushaltsregistrierung (*hukou*) und Arbeitseinheiten (*danwei*) sicherten gemeinsam die Wirksamkeit des sozialistischen Modus einer Vergesellschaftung über Arbeit.

3) Verhältnis zwischen Arbeitskraft und *danwei* sowie *danwei* und Staat.

Beide Institutionen wurden zum Ende der 50er Jahre eingeführt und sind bis heute in modifizierter Form in Kraft. Der *hukou*⁴ bildete den zentralen Baustein staatlich-administrativer Kontrolle der Bevölkerung. Es bewirkte die regionale Stabilisierung der Bevölkerung und separierte die privilegierten Städter von der ländlichen Bevölkerung. In der Vergangenheit unterband er jede private Mobilität. Mit Hilfe des *hukou* wurden die Existenzchancen der ländlichen Bevölkerung in den Städten durch den Ausschluss von Wohnraum, Arbeit, Bildung und Grundnahrungsmitteln untergraben.⁵ Der *hukou* war also in hohem Maße statusbestimmend.

Städtische *danwei* bildeten einen gesellschaftlichen Mikrokosmos.⁶ Sie erfüllten umfassende Funktionen und Versorgungsleistungen für die Mitglieder für die es keine funktionale Äquivalente in der Gesellschaft gab.⁷ Auf diese Weise stabilisierten, kontrollierten und banden sie die Bevölkerung. Die *danwei* stellte ihren Mitgliedern die sog. »Eiserne Reischale« (*tiefanwan*) in Form lebenslanger und alternativloser Beschäftigung und Versorgung zur Verfügung.

Die Mitgliedschaft in einer solchen städtischen *danwei* ging weit über eine Betriebszugehörigkeit und den Arbeitsstatus hinaus. Der Zugriff auf die Menschen über die Arbeit brachte sie in eine institutionalisierte Kultur der Autorität und der organisierten Abhängigkeit. In der *danwei* vermischten sich Arbeits-, Sozial- und Privatsphäre zu persönlichen Abhängigkeitsbeziehungen. Vorgesetzte in der Arbeit hatten nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht bei Problemen in der Privatsphäre zu intervenieren, betriebliche Organe (Gewerkschaft, Frauenverband) setzten die staatliche Familienpolitik durch und kontrollierten Schwangerschaften und Abbrüche. Die *danwei* bestimmte mit ihrer Ressourcenausstattung das Lebensniveau und die Wohlfahrtsteilhabe (z.B. Qualität der Wohnungen, Bildung, Gesundheit) ihrer Mitglieder. Die »Güte« der *danwei* hatte eine größere Bedeutung als der konkrete Arbeitsplatz in der betrieblichen Hierarchie.⁸

Die kollektive Landwirtschaft in den Volkskommunen und die Mobilitätskontrolle der Bevölkerung durch den *hukou* ermöglichten eine forcierte Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft und die Stabilisierung einer Wohlfahrtsschere zwischen Stadt und Land durch den Ausschluss der Bauern von der Teilhabe an gesellschaftlichen Erträgen. Nur aus dem Zusammenwirken dieser beiden Institutionen wird erklärlch, warum China über einen

-
- 4) Der »*hukou*« bezeichnet den eingetragenen ständigen Wohnsitz einer Person bzw. Haushaltes. Während der planwirtschaftlichen Periode kontrollierten die Ämter für öffentliche Sicherheit alle räumlichen Veränderungen und mussten ihnen zustimmen. Am stärksten kontrolliert wurden gewünschte Veränderungen von ländlicher zu städtischer Registrierung oder ein Arbeitsplatzwechsel von der Landwirtschaft in nicht-landwirtschaftliche Tätigkeiten. *Hukou*-Wechsel waren nur dann unproblematisch, wenn sie im Rahmen von Versetzungen erfolgten. Heirat war also kein Grund für einen *hukou*-Wechsel; Kinder erhielten den *hukou* der Mutter zugeteilt. – Die Praxis des *hukou* gehört zu den gehüteten Geheimnissen der chinesischen Innenpolitik. Die jüngste *hukou*-Reform (1997-2002) zielt auf den Abbau seiner diskriminierenden Funktion.
 - 5) Nur die Bevölkerung mit städtischem *hukou* hatte Zugang zu regulären städtischen Arbeitsplätzen und den durch die *danwei* zugeteilten Wohnungen. Die Bauern waren außerdem vom Zuteilungssystem für Getreide und Öl ausgeschlossen, beides war nicht unkontrolliert zu erwerben.
 - 6) Das *danwei*-System wird teilweise vom traditionellen *baojia*-System hergeleitet. Nach wie vor ist aber strittig, ob und inwieweit die Entstehung dieser Institution auf kommunistische oder traditionell chinesische Wurzeln zurückzuführen ist.
 - 7) Z.B. die Wohnungsversorgung in Ermangelung eines Wohnungsmarktes.
 - 8) Der konkrete Umfang der Leistungen war jedoch von der »Güte« der *danwei* abhängig, d.h. vom Zugang der *danwei* zu staatlichen Ressourcen. Staatsunternehmen oder Organisationen (z.B. Universitäten) unter zentraler Verwaltung waren i.d.R. besser ausgestattet. Im Rahmen der *danwei* war jedes Mitglied anspruchsberechtigt.

so langen Zeitraum Land-Stadt-Migration verhindern und damit eine dualistische Gesellschaft mit zwei Lebensniveaus aufrecht erhalten konnte.

Hukou und *danwei* waren statusbestimmend, indem sie vorab festlegten, welche Arbeit geleistet und welche Lebenschancen Menschen eingeräumt werden sollten. An demokratisch geprägte Vorstellungen von Gleichheit und Gerechtigkeit wurde nicht angeknüpft. Dieser Integrationsmodus zwang vor allem die ländliche Bevölkerung in den weniger entwickelten Regionen zu bleiben. Hier wird eine Verbindung von Status und Arbeit sichtbar, die an feudale Arbeitsbeziehungen erinnert und im völligen Gegensatz zur leistungsbestimmten Rolle der Arbeit für die Statusgewinnung eines Individuums in modernen Industriegesellschaften steht.

Die Determinationskraft von Arbeit für die chinesische Gesellschaft ist durchaus ambivalent zu beurteilen. Einerseits wurde die gesamte Bevölkerung umfassend in Arbeit und darüber in die Gesellschaft integriert. Andererseits dominierte die Politik den Umgang mit Arbeit, spaltete die Gesellschaft und drückte ihr den Stempel bürokratischer Verwaltung auf. Die Arbeitssphäre wurde von der politischen Logik durchdrungen, die Erwerbsstruktur von Arbeitsplänen, die Entlohnung von Sozialplänen und die Institutionen administrativ bestimmt. Entsprechend dramatisch gestalten sich die derzeitigen Veränderungen im Erwerbssystem und die Abkehr von der politisierten Rolle der Arbeit in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft.

3. Der Übergang zu marktvermittelter Erwerbsarbeit in der »sozialistischen« Marktwirtschaft

Kommodifizierung der Arbeit

Der offizielle Übergang in die sog. »Sozialistische Marktwirtschaft« im Jahre 1992 bildete einen vorläufigen Endpunkt einer intensiven und kontroversen politischen Auseinandersetzung um den sozialistischen Charakter der Arbeit und die generelle Umprägung in Richtung einer marktvermittelten Form der Arbeit. Zwar verwarf die offizielle Politik nicht das sozialistische Arbeitsverständnis, das auf der Doppelrolle der Arbeiter als Eigner der Produktionsmittel (»Herren des Betriebs«) und Produzenten beruhte, aber in der Praxis erodierten die Arbeitspolitik der Regierung und die konkreten Veränderungen im Arbeitsregime dieses Verständnis. Wurde zu Beginn der Reformpolitik noch nach Problemlösungen innerhalb der Arbeitsplanung gesucht, so weitete sich die Debatte schrittweise zu einer grundsätzlichen Diskussion über die Arbeitsgesellschaft aus.⁹ Im Zuge der Marktentwicklung zur Mitte der 80er Jahre setzte sich der Gedanke von Kontrakten zur Regelung der Arbeitsbeziehungen durch. Arbeitsmärkte wurden noch als reale Orte der Begegnung verstanden, deren Funktion eine rationalere Arbeitskräfteallokation sein sollte.¹⁰ Rabulistische Arbeitsmarktdefinitionen folgten, um das neue Verständnis von Arbeit und die soziale Wirklichkeit nicht in einen Gegensatz zum marxistischen Grundverständnis treten zu lassen (Hebel/Schucher 1992, Tomba 2002).¹¹

-
- 9) Anfangs standen das Lohnsystem und die materielle Distribution im Mittelpunkt und die Debatte kreiste um das Prinzip der Entlohnung nach Arbeitsleistung.
- 10) Z.B. als »Arbeitskräftemobilitätsmarkt«, der die Funktion der Reallokation im Plansystem hatte. Mobilität ist nach diesem Verständnis ein von den Arbeitsbehörden genehmigter und/oder gewünschter Betriebswechsel.
- 11) Z.B. Feng Lanrui (Akademie für Sozialwissenschaften) in einem persönlichen Interview am 13.9.1988: »Die Begriffe ‚Arbeitsmarkt‘ (*laodong shichang*) und ‚Arbeitskräftemarkt‘ (*laodongli shichang*) können gleichermaßen benutzt werden, denn der Austausch von Arbeit ist im Grunde der Austausch von Arbeitskräften. Beides bezeichnet einen Mechanismus, nicht einen Ort. Der Arbeitsdienstleistungsmarkt (*laowu shichang*) ist etwas Konkretes, z.B. das Vermittlungsbüro von Dienstmädchen; aber auch hier werden praktisch keine Arbeitsdienstleistungen, sondern Arbeitskräfte ausgetauscht.«

Die Entstehung von Arbeitsmärkten

Seit Mitte der 80er Jahre entstand neben dem planwirtschaftlichen System der Arbeitskräfteverwaltung allmählich ein Arbeitsmarkt. Im Gegensatz zur abrupten Systemtransformation in den osteuropäischen sozialistischen Ländern, erfolgte in China der Übergang zu einem Arbeitsmarkt in Schritten und durch zwei parallele Entwicklungen. Zum einen wurde privaten Initiativen größerer Raum gewährt, zum anderen der Kernbereich des öffentlichen Wirtschaftssektors (Staats- und große Kollektivbetriebe) restrukturiert. Einige wenige Hinweise sollen die Reformpolitik verdeutlichen.

China vollzog bekanntermaßen keine direkte Privatisierung staatlichen Eigentums, sondern ließ stufenweise neue Eigentumsformen zu. Neue Eigentumsformen wie z.B. Joint Ventures und neue private Aktivitäten (z.B. Selbstbeschäftigung, Gründung von Privatunternehmen und Privatisierung kleiner Staats- und Kollektivbetriebe) schufen zunehmend Arbeitsplätze im nichtstaatlichen Sektor. Diese Entwicklung führte zu einem dramatischen Rückgang im Anteil der staatlichen Beschäftigung auf nur noch 25,8 % (2003) (SSB 2004; Tab. 5-1) der städtischen Beschäftigung.

Die zweite Entwicklung betraf den Sektor der großen Staatsbetriebe. Der Staat zog sich in zwei Schritten aus der direkten Arbeitskräfteplanung und -allokation zurück: Im ersten Schritt wurde ein doppeltes Kontraktverhältnis zwischen Staat und den (noch unselbständigen) Staatsbetrieben einerseits und zwischen Betrieben und Arbeitskräften andererseits etabliert. Das Arbeitsvertragssystem von 1986¹² stellte den Durchbruch für die Umgestaltung der Arbeitsverhältnisse dar. Grundlage der Arbeitsbeziehungen wurde die »gegenseitige Wahl« (*xianghu xuanze*), d.h. die (freiere) Auswahl von Arbeitskräften durch die Betriebe bzw. die Arbeitsplatzwahl durch die Arbeitskräfte. Vor allen Dingen wurden Arbeitsverträge eingeführt, die grundsätzlich befristet waren und die Mobilität der Arbeitskräfte ermöglichten. Das Arbeitsvertragssystem setzte beide Parteien in ein wechselseitiges Vertragsverhältnis von Rechten und Pflichten und bildete zugleich den Einstieg in ein neues Sozialversicherungssystem. Das Arbeitsvertragssystem schuf zwar noch keinen Arbeitsmarkt, stellt aber aus heutiger Sicht den ersten wichtigen Einschnitt in das »sozialistische Normalarbeitsverhältnis« dar. Dieser Schritt separierte die zuvor vermischten Sphären der Erwerbsarbeit, der Familie, der sozialen Netze und der Politik, ohne allerdings die Parteiorganisationen in den Betrieben aufzulösen.

Im zweiten Schritt zog sich der Staat aus der direkten Zuständigkeit für die Arbeitskräfteallokation zurück. Der Staat wandelte sich zur treibenden Kraft im Prozess der Institutionenbildung, der Kodifizierung von Arbeit und Wohlfahrt, die Marktregulierung und Gestaltung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktgeschehens. Zahlreiche gesetzgeberische Aktivitäten, Arbeitsbestimmungen und schließlich 1994 das Chinesische Arbeitsgesetz¹³ begleiten die Veränderungen im Erwerbssystem. Der Staat musste sich dabei selbst umstrukturieren und seine Funktionen neu bestimmen, aber auch gesellschaftlichen Werten, wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Sicherheit einen neuen Inhalt geben. Im einzelnen war zu klären, wie das Arbeitsmarktgeschehen reguliert und wie welchen Marktunzulänglichkeiten begegnet werden sollte. Das neue Erwerbssystem und das Arbeitsverständnis unterstützten den Funktionswandel des Staates dahingehend, stärker nationalstaatliche Aufgaben wahrzunehmen.

Die veränderte Rolle des Staates hatte Auswirkungen auf das Verständnis von (Erwerbs-) Arbeit und Nicht-Arbeit. Zur Aufgabe des Staates gehörte nicht länger, alle Schulabgänger in Beschäftigung einzuweisen, denn nun sollte der Markt das Beschäftigungsvolumen regu-

12) Vgl. Einzelheiten zum Arbeitsvertragssystem (Hebel/Schucher 1990).

13) Vgl. zum Arbeitsgesetz (Wang/Hohenberg 1995:504).

lieren. Offene Arbeitslosigkeit wurde damit erstmals zugelassen bzw. als solche bezeichnet. Während Arbeitslosigkeit im sozialistischen Verständnis »Auf-Arbeit-warten« (*daiye*) war und als administratives Problem der Zuweisung und Reallokation behandelt wurde, ist Arbeitslosigkeit nach dem neuen Verständnis (*shiye*) ein ökonomisches Problem, eben das Missverhältnis zwischen Arbeitskräfteangebot und –nachfrage. Die neue Art der Arbeitslosigkeit fordert sozialpolitische Reaktionen des Staates heraus. China weist inzwischen nicht nur eine steigende offene städtische Arbeitslosigkeit von 8,0 Mio. (4,3 %) für 2003 aus¹⁴ (CLSY 2003: 128), sondern hat auch die Arbeitslosenversicherung als besonderen Zweig der Sozialversicherung eingerichtet.

Die Entstehung von städtischen Arbeitsmärkten kann durchaus im Marx'schen Sinne als doppelte Freisetzung der Arbeitskräfte und das Aufkommen von Lohnarbeit verstanden werden. Im ländlichen Bereich fand eine durch den *hukou* gezierte Freisetzung statt. Einerseits wurden die kollektiven Bindungen aufgelöst und neue Arbeitsmöglichkeiten eröffnet, aber andererseits blieben zahlreiche Auflagen zur Mobilitätsbeschränkung und Produktionserfüllung (z.B. Getreideproduktionsquoten) für die ländlichen Haushalte erhalten. Ungeachtet dieser fortbestehenden Beschränkungen war der ökonomische Druck auf die Bauern so groß, dass sich auch ländliche Arbeitsmärkte entwickelten und ländliche Arbeitsmigranten auf die städtischen Arbeitsmärkte drängten.

Arbeitsmärkte sind nicht allein Institutionen des Austauschs von Personal auf der Grundlage von Preisen bzw. Löhnen, die nach klassischer Lehre zum Lohnausgleich und Gleichgewicht tendieren sollten. Arbeitsmärkte sind auch Institutionen mit besonderen historischen Voraussetzungen, in denen sich unterschiedliche Arbeitskulturen und Kräfteverhältnisse spiegeln. Der chinesische Arbeitsmarkt entwickelt sich vor dem Hintergrund einer planwirtschaftlich erzeugten Segmentstruktur und den statusbestimmenden Institutionen von *danwei* und *hukou*. Die Reformen im Staatssektor und die marktförmigen Arbeitsverhältnisse im Privatsektor unterminierten die Grundlagen der durch Planwirtschaft erzeugten Segmentstruktur.¹⁵ Der Staat verfügt nicht mehr über das Monopol der Arbeitsplatzvergabe. China weist aktuell eine Gleichzeitigkeit verschiedener Arbeitsregime auf: formelle Arbeit im modifizierten Staatssektor und im Privatsektor besteht neben einem weiten Feld deregulierter und informeller Arbeit im Privat- und Staatssektor. Die quantitative und qualitative Arbeitskräfte nachfrage richtet sich nach betrieblichen Erfordernissen und ein städtischer *hukou* bietet allein kaum noch Privilegien.

Autonomie vs. neue institutionelle Abhängigkeiten

Die Kommodifizierung der Arbeit setzt die Individuen in ein neues Verhältnis zur Arbeit. Die Freisetzung aus der staatlichen Arbeitszuweisung, der Arbeitsverwaltung und der umfassenden staatlichen Versorgung durch die *danwei*, zwingt sie gleichzeitig zu einer existenzsicheren

14) Diese Arbeitslosenrate bezieht sich nur auf städtische registrierte Arbeitslose und wird auch nur an der städtischen Erwerbsbevölkerung gemessen. Sie entspricht etwa 8 Mio. Personen. Nicht eingeschlossen in diese Zahlen sind die aus Staatsbetrieben »freigesetzten« (*xiagang*) und »auf Arbeit wartenden« Arbeitskräfte (*daiye*). Unter Einschluß dieser Personengruppen würde sich die Arbeitslosenrate auf (geschätzte) 11,6 % erhöhen. Strittig ist aber, ob alle *xiagang* als Arbeitslose gezählt werden sollten, da viele von ihnen nach den Kriterien der ILO geringfügig erwerbstätig sind. Das tatsächliche Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist nur zu schätzen. Offiziell existiert auf dem Land keine Arbeitslosigkeit, allenfalls Unterbeschäftigung, weil die ländliche Bevölkerung nach der Dekollektivierung seit Anfang der 80er Jahre über Landnutzungsrechte verfügt.

15) Dieser Prozess schließt Segmentation nicht aus, da auch Markakteure zur Segmentbildung tendieren. Segmente können z.B. durch betriebszentrierte Mechanismen der Schließung entstehen. Ökonomische anstelle administrativer Gründe bestimmen heute die Segmentbildung.

den Erwerbstätigkeit. Sie müssen ihre Arbeitskraft nicht nur individuell entwickeln, sondern sie auch am Markt anbieten und dort bestehen können. Damit wird eine markante Veränderung im Verhältnis zwischen Arbeit und Status deutlich. War früher der (administrative) Status die Voraussetzung für die Arbeit, so wendet sich heute das Verhältnis: Arbeit wird zur Grundlage der individuellen Berufskarriere und Statusgewinnung. Der individuelle Status der Menschen hängt immer weniger von der Zufälligkeit ihres *hukou* ab, sondern von individuellen Fähigkeiten, Erfahrungen, Qualifikationen und Leistungen. Arbeit gewinnt damit eine neue vergesellschaftende Kraft, weil sie Menschen in ein anderes soziales Verhältnis zueinander setzt. Sie eröffnet Autonomiespielräume, schafft aber auch neue Abhängigkeiten.

Die Muster der Lebensplanung und der gesellschaftlichen Integration ändern sich dramatisch. Menschen müssen lernen, sich als Träger bestimmter marktgängiger Qualifikationen zu verstehen und ihre Arbeitskraft am Markt anzubieten. Diese Bedingung verändert ihr Verhältnis zur Arbeit. Sie müssen als Subjekte die gewachsene individuelle Autonomie im Spannungsfeld zwischen alten und neuen Institutionen ausgestalten und ihr Verhältnis zur Arbeit neu definieren. Die Kommodifizierung der Arbeit bedeutet ungeachtet aller neuen Probleme einen Zuwachs an individueller Autonomie und Freiheitsrechten. Die Verfügung über den Einsatz der eigenen Arbeitskraft repräsentiert sich. Das Individuum kann sich heute selbst für oder gegen den Einsatz der eigenen Arbeitskraft im Erwerbsprozeß entscheiden, die Ausbildung wählen, den Beruf und den Arbeitsplatz aussuchen und ist nicht länger von der Arbeitsverwaltung abhängig.¹⁶

Gleichzeitig ist offenkundig, dass dieser Autonomiegewinn nicht nur Chancen, sondern auch neue Abhängigkeiten und Risiken für große Teile der Bevölkerung birgt. Zunächst wird der klare Verweisungszusammenhang zwischen Schule, Arbeitsplatzzuweisung durch die Arbeitsbüros und dem Sicherheitspaket für alle Lebensrisiken deinstitutionalisiert. Damit gehen alte Gewissheiten verloren, die das »sozialistische Normalarbeitsverhältnis« geboten hatte. Der Zuwachs an Freiheitsrechten macht das Individuum zur Steuerungsinstanz seiner eigenen Berufskarriere und Biographie und der Kompaß muss immer wieder neu ausgerichtet werden.

Andererseits entstehen neue Abhängigkeiten von anderen, bislang weniger bedeutsamen Institutionen. Die Ausstattung der eigenen Person mit marktgängigen Qualifikationen und Fähigkeiten wird zur Individualaufgabe und begründet Abhängigkeiten vom Bildungswesen, von Informations- und Kommunikationssystemen und nicht zuletzt vom Arbeitsmarkt. Individuelle Investitionen in die Bildung müssen vor einer Arbeitsaufnahme erfolgen und sie unterliegen dem Risiko und der Ertragsunsicherheit des Marktes. Da nicht nur die Arbeit marktförmig wurde, sondern auch zahlreiche Bildungsinstitutionen inzwischen privat und kommerziell geführt werden, hängen die individuellen Qualifikationsmöglichkeiten zunehmend von der familialen Finanzkraft und dem elterlichen Aspirationsniveau ab. Der soziale Status der Herkunftsfamilie wird für die Bildungs- und Arbeitsplatzchancen und damit den zukünftigen Status der Kinder immer wichtiger. Ein Zusammenhang zwischen Herkunftsstatus der Eltern und Status der Kinder ist zwar nicht neu, wird aber nun nicht mehr über den *hukou* oder die Parteizugehörigkeit, sondern über den elterlichen Bildungs- und Berufsstatus vermittelt.

Machtungleichheit der Vertragsparteien auf dem Arbeitsmarkt

Auf Arbeitsmärkten begegnen sich Vertragsparteien, deren Beziehung durch strukturelle Machtungleichheit gekennzeichnet ist. In allen heutigen Industrieländern wurde - mit großen nationalen Unterschieden - ein institutionelles Gefüge herausgebildet, das diese strukturellen

16) Offiziell lautet die Leitlinie: »workers seeking employment on their own initiative, the market adjusting the demand and the government promoting employment« (MLSS o. J. 2003: 35).

Ungleichgewichte der Marktpartner abschwächt und die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerseite durch gewerkschaftliche Organisation stärkt. In Deutschland ist die Koalitionsfreiheit der Arbeitsmarktparteien Garant für diesen Interessenausgleich.

In China vollzieht sich die Kommodifizierung der Arbeit unter Bedingungen eines sehr ungleichen Machtverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und unzureichend entwickelter Arbeitsmarktinstitutionen. Die Koalitionsfreiheit beider Marktparteien ist aus Gründen des politischen Machterhalts eingeschränkt. Eine unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer wird durch den Alleinvertretungsanspruch der Einheitsgewerkschaft (ACGB) behindert.¹⁷ Gewerkschaft und Massenorganisationen (z.B. der Frauenverband) verstehen sich noch immer in erster Linie als Transmissionsriemen der Politik. Der Übergang in die Erwerbsarbeit erfolgt in einem politisch tabuisierten Umfeld und unvollständiger Institutionenbildung und behindert eine autonome Gestaltung der industriellen Beziehungen.

Allerdings nimmt auch die politische Führung inzwischen wahr, dass die Systemstabilität von einem wirksameren Arbeitnehmerschutz abzuhängen scheint und ausufernde Arbeitskonflikte und Revolten das gesamte politische System herausfordern. Die Arbeitsbeziehungen müssen daher auf ein neues Fundament gestellt werden. Die neuen Instrumente heißen »Kollektivverträge« und »Drei Parteien-Konsultation« und sollen auf der Ebene des Unternehmens zwischen Staat-Betrieb-Gewerkschaft angewendet werden. Sie sollen im öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor zu praktischen Arbeitsvereinbarungen führen und die Machtungleichheit der Marktparteien aufheben.¹⁸ Obwohl die Entwicklung in Richtung kollektiver Verträge schon in den 80er Jahren begann, hat China noch immer ein unterentwickeltes bzw. politisiertes Koalitionsrecht mit erheblichen Kontroll- und Durchsetzungsdefiziten. Der wachsende Privatsektor ist zwar von diesen Regeln und dem Gesetz nicht ausgenommen, aber das Instrument der Kollektivverträge greift nur in wenigen größeren Privatunternehmen.

Informalisierung der Arbeit

Die Kommodifizierung der Arbeit bedeutet nicht nur die Abkehr vom lebenslangen »sozialistischen Normalarbeitsverhältnis«, sondern leitete auch eine Entwicklung zur Informalisierung des Beschäftigungssystems ein. Bereits in der Vergangenheit gab es Arbeitsverhältnisse, in denen Arbeit ohne Arbeitsvertrag, zu ungesicherten Bedingungen, mit ungeregelten Arbeitszeiten, saisonal und zu Niedrigstlöhnen verrichtet wurde. Selbst Staatsbetriebe verlagerten durch Subkontrakte Teile ihrer Produktion in kleinere Einheiten, in denen durch Ausbeutung der Arbeitskräfte kostengünstiger produziert werden konnte.¹⁹ Diese Formen der Arbeit waren in dem Sinne informell, als sie außerhalb der Arbeitspläne und meist unregistriert stattfanden sowie Arbeitskosten durch unterprivilegierte Beschäftigungsverhältnisse senken sollten.

Heute deckt informelle Arbeit ein sehr breites Feld ab. Informelle Arbeit zeichnet sich durch Vertragsdefizite aus (z.B. fehlende Arbeitsverträge oder Vereinbarungen), durch Mangel im offiziellen Charakter der Arbeit (z.B. unerfasste, steuerumgehende, illegale Arbeit),

17) Da die Arbeiterklasse politisch zur Eigentümerin der Produktionsmittel erklärt war, benötigte sie keinen Schutz gegen sich selbst.

18) Das chinesische Arbeitsgesetz sieht die Einführung von Kollektivverträgen (*jiti hetong*) zur Regelung u.a. von Entlohnung, Arbeitszeit, Urlaub und Arbeitssicherheit vor. Unter dem Einfluss der ILO wurde die Drei-Parteien-Konsultation (*sanfang xietiao jizhi*) eingeführt.

19) Staatsbetriebe beschäftigten sog. Bauernarbeiter (z.B. als Bautrupps), um bestimmte Arbeiten kostengünstiger zu erstellen. Für diese Arbeitskräfte übernahmen sie keine Verantwortung und Sozialleistungen. Mit Beginn der Restrukturierung gliederten Staatsbetriebe dann auch Personal in Betriebsteile aus, die zu Kollektivbetrieben umfirmiert wurden und sich selbst tragen sollten.

durch sächliche Entlohnung oder Entlohnung auf Gegenseitigkeitsbasis sowie durch vielfältige Arten von Geringbeschäftigung, wie Straßenhandel, Selbstbeschäftigung und Eigenproduktion. Neben Vollzeiterwerbstätigkeit entstanden neue Formen der Teilzeitarbeit, der Zeitarbeit, der Saisonarbeit und andere flexible Arbeitsmuster. Portes (1994:428f.) nennt drei Gründe für die Entstehung informeller Arbeit, die alle in China eine Rolle spielen: Erfordernisse der Überlebenssicherung in Stadt und Land, Kostenreduktion durch Flexibilisierung seitens der Unternehmen, Subkontrakte und ausbeuterische Beschäftigungskonditionen sowie die Kapitalakkumulation kleiner Selbständiger bzw. kleiner Familienunternehmen, die ihre Beziehungsnetze mobilisieren, um bei geringen Kosten und großer Flexibilität wirtschaftlich zu wachsen. Mangelnde Rechtssicherheit, Kontrolldefizite und staatliche Korruption tragen ebenfalls zur Informalisierung der Arbeit bei.

Die Arbeitsverhältnisse sind heute in großen Teilen der chinesischen Wirtschaft flüider geworden. Die Gruppe der formell zugewiesenen Arbeiter und Angestellten (*zhigong*) ging anteilig zurück. Ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung fiel von 23,66 % (1978) auf 14,32 % (2002). In den staatlichen Einheiten reduzierte sich formelle Beschäftigung von 74,51 % (1978) auf 69,24 % (2002) (CLSY 2003: 20). Nach offiziellen Daten sollen 50 Mio. Arbeitskräfte in flexiblen Beschäftigungsformen arbeiten. Wichtig ist, dass die Trennlinie nicht zwischen dem öffentlichen und privaten Wirtschaftssektor verläuft, sondern in beiden Sektoren formelle und informelle Beschäftigung sowie flexible Formen der Arbeit existieren.

Von offizieller politischer Seite wird diese Entwicklung ausdrücklich begrüßt und als Bedingung der Möglichkeit für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gesehen. Der Begriff »informelle Arbeit« wird im Sinne von flexibler Arbeit benutzt und ist positiv besetzt.

Verberuflichung und Professionalisierung der Arbeit

Arbeitsplatzzuweisung und berufliche Ausbildung

Der Umbruch im Erwerbssystem erschöpft sich nicht in veränderten Allokationsmechanismen. Während der Planperiode beschränkte sich die Arbeitsverwaltung im wesentlichen auf die Zuweisung der städtischen Schulabsolventen. Die Arbeitseinheiten hatten die jungen Arbeitskräfte dann auszubilden und ihnen konkrete Arbeitsplätze zu geben. Berufliche Ausbildung war eine Aufgabe der Betriebe, eng zugeschnitten auf deren konkrete Erfordernisse. In einfachen und mittleren Tätigkeiten erfolgte sie durch »*learning by doing*« oder durch Kurse, die der Betrieb organisierte. Die Ausbildungsinhalte waren betriebsspezifisch, ja häufig sogar arbeitsplatz- oder maschinenspezifisch. Solche Kenntnisse stellten keine marktgängige Qualifikation dar. Neben den schon genannten Restriktionen trug auch der Zuschnitt der Ausbildungsinhalte zur Immobilität der Arbeitskräfte bei. Die Staatssbetriebe begründeten mit den Ausbildungsinvestitionen in ihre Arbeitskräfte ihre Resistenz gegenüber Betriebswechseln und strebten danach, vom Ertrag ihrer Investitionen zu profitieren. Seit sich die Möglichkeiten zur Mobilität erweitert haben, versuchen sie verstärkt auf neuen Wegen, qualifizierte Arbeitskräfte an sich zu binden.

Selbst ein akademisches Studium führte nach der alten Zuweisungspraxis nicht unbedingt zu einer fachbezogenen Beschäftigung. Wenn bildungspolitisch keine enge Verknüpfung zwischen Studienfach, akademischem Abschluss und Beruf zugrundegelegt wird, wie z.B. auch in Japan, dann muss das Studium wenigstens polyvalente Inhalte haben und Schlüsselqualifikationen für die spätere Berufspraxis vermitteln. Diese Voraussetzung bestand jedoch nicht in China. Studium, Ausbildung und Arbeitssozialisation trugen wenig zur Entwicklung einer professionellen Identität bei. Der häufige *Missmatch* zwischen Ausbildungsaufwand (Studium) und beruflicher Tätigkeit verursachte letztlich Kosten für den Staat und ggf. persönliches Leid für die Betroffenen. Gestiegene Anforderungen an die Arbeitskräfte seitens der Wirtschaft und

die veränderte individuelle Bedeutung von Qualifikationen für die Arbeitskräfte fördern heute die zunehmende Professionalisierung und Verberuflichung der Arbeit.

Spezialisierung der Wirtschaft und wachsende Qualifikationserfordernisse an Arbeitskräfte

Die chinesische Wirtschaft und andere Bereiche, wie z.B. der Hochschulbereich, sind in eine Phase höherer Spezialisierung eingetreten. Die Wirtschaftsleistung beruht nicht mehr ausschließlich auf dem Heer un- und angelernter Arbeitskräfte, selbst wenn China in einigen Wirtschaftszweigen die Werkbank der Welt ist. Eine Rationalisierungswelle beginnt den chinesischen Produktionssektor zu erfassen.²⁰ Produktion und Dienstleistungen verlangen verstärkt nach Fachkräften. Der Einfluss ausländischer Direktinvestitionen oder Joint Ventures auf das Produktionsniveau, die Arbeitsplatzanforderungen und den Fachkräftebedarf ist hoch. Privatbetriebe lösten einen Beschäftigungssog für jüngere und qualifiziertere Arbeitskräfte aus. Das Missverhältnis zwischen dem generellen Qualifikationsniveau der chinesischen Erwerbsbevölkerung und den Anforderungen seitens der Wirtschaft tritt heute offen zutage. Der Bedarf an höher qualifiziertem technischen Personal kann bei weitem nicht gedeckt werden.²¹

Beruflich-technische Ausbildung wird zur vordringlichen Aufgabe. Sie wird aus der Zuständigkeit und inhaltlichen Gestaltung der Betriebe herausgelöst und zur staatlichen Aufgabe. Sie betrifft junge Arbeitskräfte, freigesetzte Arbeitskräfte, ländliche Migranten und vormals Beschäftigte. Vorberufliche Ausbildung, Weiterbildung und Training für Wiederbeschäftigung bilden die Kernbausteine dieses Systems.

Aus diesen Veränderungen ergeben sich weitreichende Folgen für das Berufssystem. Weiterführende Ausbildung wird auf allen Ebenen des Qualifikationsspektrums gefördert. Berufliche Ausbildung muss bestimmten Standards genügen, erwartbare Arbeitsfähigkeiten produzieren sowie Arbeitshaltungen und Motivationen bei Arbeitskräften herausbilden. Bei der Beschreibung dieses Trends darf natürlich nicht übersehen werden, dass die Masse der ländlichen Erwerbstätigen noch immer gering qualifiziert und auf der Basis un- und angelernter Arbeit beschäftigt ist. Andererseits zeichnet sich auch im ländlichen Bereich ab, dass Bildung die Chancen auf Teilhabe an Lohnarbeit erhöht und sich einkommenssteigernd für die ländlichen Haushalte auswirkt. Die Konsolidierung der Pflichtschulausbildung im ländlichen Bereich hat daher ebenfalls eine hohe Priorität.

Professionalisierung der Ausbildungswäge und Qualifikation als individuelles Humankapital

Eine höhere Qualifikation gewinnt auch größere subjektive Bedeutung für die Arbeitskräfte. Jüngere Jahrgänge können und müssen ihre Berufsziele und Lebensläufe selbst bestimmen und gestalten. Dafür müssen sie ihre Ausbildungswäge planen, in ihre Ausbildung investie-

20) Vgl. Conference Board Report, Report Nr. R-1352-04-RR, nach Handelsblatt vom 16.7.2004. China hat nach diesem Bericht im Textilsektor zwischen 1995 und 2002 mehr Arbeitsplätze verloren als die USA. Die in dieser Entwicklung enthaltene Gefahr wird offiziell gesehen und die »Aktive Beschäftigungspolitik« (*jiji de jiuye zhengce*) soll arbeitsintensive Industrien fördern.

21) Der Mangel an hochqualifizierten Technikern wird als Nadelöhr der weiteren Wirtschaftsentwicklung angesehen. In den letzten Jahren wurde die Hochschulbildung stark ausgeweitet, für 2005 wird mit einer Zunahme der Hochschulabsolventenzahlen um 580000 (+ 20%) auf 3,38 Mio. gerechnet (Erziehungsminister Zhou Ji nach einem Bericht der *Guangming Ribao* vom 15.12.2004) (Schucher 2004b).

ren und eine intrinsische Arbeitsmotivation entwickeln. Die gewachsene Freiheit der Berufswahl ist dafür eine entscheidende, wenn auch keine hinreichende Bedingung.

Die Professionalisierung von Ausbildungswegen stärkt die Berufsfähigkeit von Arbeit und erzeugt bei den Betroffenen eine berufliche Identität. Je stärker Ausbildungen durch allgemein anerkannte Bildungswege und Titel institutionalisiert sind, desto eher wird der Erwerb von Qualifikationen zum Eigentum der Person. In diesem Zusammenhang kann an Bourdieu's Unterscheidung der verschiedenen Formen kulturellen Kapitals erinnert werden. Ist eine Qualifikation inkorporierter Bestandteil der Arbeitskraft und gesellschaftlich anerkannt, so erhöht sich der Marktwert der Arbeitskraft.

Dieser Professionalisierungsprozess beinhaltet Chancen auf die Entwicklung von neuen Berufsidentitäten seitens der Arbeitskräfte, die sich über ihr Qualifikationsprofil zu definieren lernen. Sie nehmen Betriebswechsel vor, wenn die Arbeit (bzw. das damit erzielbare Einkommen) nicht mehr ihren Wünschen entspricht. Hier findet ein entscheidender Wandel statt, indem Subjektivität und Identifikation mit der Arbeit an die Stelle der früher ausschließlich auf die Identifikation mit der *danwei* und ihre statusbestimmenden Leistungen gerichteten Orientierungen treten.

Gegenwärtig besteht eine in mehrfacher Hinsicht paradoxe Situation. Der aktuell vorhandene Arbeitskräftemangel hat zu einem Anbietermarkt für technische Fachkräfte geführt, der sich bereits in störenden Arbeitskräftefluktuationen auswirkt. Für gut bezahlte Arbeitsplätze mit Qualifikationsanforderung lässt sich kein Personal finden. Durch den Ausbau des Bildungswesens nahm die Zahl der Hochschulabsolventen zu, aber diese treffen auf Engpässe bei der Berufseinmündung. Hochschulabsolventen können sich auf sog. »Talentmärkten«, Job-Börsen oder über das Internet über Arbeitsplätze informieren, aber mehr als ein Viertel der Absolventen fand keinen Arbeitsplatz (Yu 2004).

Arbeit und Wohlfahrt

Modifizierung des Wohlfahrtsregimes

Die Restrukturierung des Staatsektors und die wachsende Beschäftigung im Privatsektor veränderten die Beziehung zwischen Arbeit und Wohlfahrt. Das betriebsbasierte Wohlfahrtssystem entspricht nicht den Erfordernissen effizienzorientierter Staatsbetriebe und Privatunternehmen.²²

Das sozialistische Erwerbssystem verband mit der Zuteilung zur Arbeitseinheit die unentgeltliche Teilhabe an den Wohlfahrtsleistungen der *danwei*. Das System war egalitär für die jeweiligen Berechtigtenkreise, aber redistributiv hinsichtlich der gesamten Bevölkerung zugunsten der auch sonst schon privilegierten Städter. Der Leistungsausschluss der ländlichen Bevölkerung ermöglichte die Großzügigkeit des Staates in der Versorgung der städtischen Bevölkerung. Die ländliche Bevölkerung war auf die lokalen Kollektive bzw. die Familie in der Gesundheitsversorgung, der Altersicherung oder der Bildung verwiesen. Als letzte Hilfesstufe für die Landbevölkerung existierte nur eine Basissicherung.²³

Ausdrückliche Reformziele waren, die Staatsbetriebe – und damit den Staat - von den drückenden Sozialkosten zu befreien, das Versorgungsprinzip abzuschaffen und zu einem neuen Finanzierungsmodus für Wohlfahrtsleistungen zu kommen. Die strikte Kopplung der Ar-

22) Alle nationalen Wohlfahrtsregime unterscheiden sich nach der Art des Zusammenwirkens zwischen Staat, Wirtschaft und Individuen und der Bedeutung, die (Erwerbs-)Arbeit für die Teilhabe an Wohlfahrt haben soll.

23) »Fünf Garantien«: Essen, Kleidung, Wohnen, Gesundheitsleistungen und Begräbnis für die »Drei Nein«: Personen ohne Einkommen, ohne Arbeitsfähigkeit und ohne familiale Unterstützung.

beits- und Sozialpläne hatte zu wachsenden Soziallasten für die Betriebe geführt. Die grossen, in den 50er Jahren gegründeten Staatsbetriebe hatten teilweise mehr Rentner zu versorgen als sie aktiv Beschäftigte hatten. Neben der Entlastung der Staatsbetriebe sollten die Arbeitnehmer mehr Eigenverantwortung für ihre Risiken übernehmen und durch Beiträge individuelle Anrechte erwerben.

Die Umgestaltung der Sozialsysteme begann in den 80er Jahren und 1994 verpflichtete sich China im Arbeitsgesetz zum Aufbau einer Sozialversicherung mit fünf Zweigen²⁴, gestützt auf zwei Säulen zur Finanzierung. Erwerbsarbeit ist der Ankerpunkt für die Teilhabe an sozialer Sicherheit. Die erste Säule bilden staatliche Sicherungssysteme in Form von »Versicherungen«. Ihre Finanzierung beruht auf Beitragszahlungen durch die Arbeitskräfte (individuelles Konto) und auf Zahlungen durch die städtischen Unternehmen (gemeinsamer Fonds). Die Versicherungen sind vom Prinzip her fondsbasiert und kapitalakkumulierend. Altersgrundsicherung und Krankenversicherung wurden ähnlich konzipiert und kurz nacheinander eingeführt.²⁵ Die Arbeitslosenversicherung wurde bereits 1986 für Vertragsarbeiter im Staatssektor eingeführt und 1999 durch neue Regeln vom Staatsrat abgeändert. Die Versicherungen standen zunächst nur der städtischen Bevölkerung offen, aber seit der letzten Änderung wurde der Berechtigtenkreis über den öffentlichen Sektor hinaus auf Privatbetriebe und alle Beschäftigten in städtischen Unternehmen und Organisationen ausgedehnt.²⁶

Neben diesen arbeits- und beitragsbezogenen Sicherungssystemen wurde als zweite Säule ein bedarfsoorientiertes und existenzsicherndes Wohlfahrts- und Hilfesystem eingerichtet, das sich nach Stadt und Land unterscheidet. In den Städten wurde die Garantie eines minimalen Lebensstandards, eine Art Sozialhilfe eingerichtet.²⁷ Dieses System ist eine Antwort auf die gestiegene Armut in den Städten infolge der Restrukturierung des öffentlichen Sektors, zunehmender Arbeitslosigkeit und offener Proteste der Bevölkerung.²⁸

Universalisierung und Individualisierung in den Wohlfahrtsleistungen

Die Aufkündigung der danwei und ihres unentgeltlichen Sicherheitsnetzes bedeutete einen gravierenden Einschnitt in das sozialistische Wohlfahrtssystem. Die gegenwärtigen Veränderungen im Wohlfahrtssystem haben zwei Tendenzen. Als notwendige Anpassung an das neue Erwerbssystem tendiert das Wohlfahrtssystem zu einer universellen Geltung. Die Entstehung von Arbeitsmärkten und unverschuldeten Arbeitslosigkeit, aber auch die demogra-

24) Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung und Mutterschaftsversicherung. 1998 wurde das Ministerium für Arbeit in ein Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit umgewandelt. Die frühere dezentrale Organisation der Betriebssicherung wurde unter eine zentrale Arbeits- und Wohlfahrtsverwaltung gestellt. Die Regelungen werden nun aber auf lokaler Ebene umgesetzt und die Finanzierung über Konten der Lokalregierungen abgewickelt.

25) Alterssicherungssystem (von 1997) und Krankenversicherung (von 1998) erfassen die regulären Belegschaften aller städtischen Unternehmen. Die Arbeitslosenversicherung (1986) betraf zunächst nur Staatsbeschäftigte und nun (seit 1999) Beschäftigte aller städtischen Unternehmen.

26) 1991 wurden Versuche zum Aufbau von Alterssicherungssystemen auf dem Land begonnen, wobei hier nur die später Begünstigten Einzahlungen machen. Ergänzende Unterstützung soll in bislang noch unklarer Weise aus kollektiven Beihilfen kommen.

27) Die Sozialhilfe (*chengshi jumin zuidi shenghuo baozhang zhidu*) (1997) wird Personen gewährt ohne andere Einkommensquellen, die nicht arbeiten können und keine zur Hilfe verpflichteten Angehörigen haben; Personen, deren Einkommen während der Arbeitslosigkeit unterhalb des Existenzminimums der jeweiligen Stadt liegt sowie freigestellte Arbeiter oder Rentner, deren Einkommen trotz Arbeitslosengeld oder Rente unterhalb dem Existenzminimum liegt.

28) Der lokale Mindestlebensunterhalt ist aber ein kritischer Punkt, da die Festlegung dieses Wertes in der alleinigen Gestaltungskompetenz der Lokalregierungen liegt und häufig manipuliert wird. Seit 2001/2 spalten sich Konflikte um das Minimum zu und dominieren derzeit die Wohlfahrtsdebatte.

phisch bedingten Probleme der Alterung der chinesischen Gesellschaft erfordern Lösungen für die gesamte Gesellschaft. Sozialpolitik kann nicht länger Sache der Betriebe sein und wird zur staatlichen Aufgabe.

Dieser Prozess vollzieht sich bislang zwar noch halbherzig. Der Zugang zu Versicherungen ist faktisch auf Städter begrenzt und die alten Privilegierungen sind noch wirksam. Allerdings können sich inzwischen alle Beschäftigten in städtischen Betrieben versichern und die Bevorzugung des Staatssektors geht zurück. Die ländliche Bevölkerung ist derzeit noch ausgeklammert, aber bei einer weitergehenden Überwindung der Stadt-Land-Trennung könnte auch diese Schranke bald fallen. Allerdings muss auch betont werden, dass nur etwa 25 % aller chinesischen Erwerbstägigen an dem Alterssicherungssystem partizipieren. Selbst in den Städten hat nur etwa die Hälfte der Erwerbstägigen am Pensionssystem teil. Die Krankenversicherung privilegiert die gleichen Bevölkerungskreise. Von einem flächendeckenden Wohlfahrtssystem ist China also noch weit entfernt.

Die zweite Tendenz führt in Richtung einer Individualisierung der Rechte und Anwartschaften. Die Umstellung des Wohlfahrtssystems auf ein Versicherungssystem mit individuellen Konten macht Arbeitskräfte zu Trägern individueller Rechte. Die Grundlage für ihre Ansprüche bilden (wenigstens zum Teil) eigene Versicherungsbeiträge. Leistungen haben daher nicht mehr den Charakter von gütigen Zuwendungen, die zu Wohlverhalten verpflichten. Die Erwerbsarbeit begründet die Zugangsmöglichkeit zu den Systemen und erworbene Ansprüche beruhen auf einer Rechtsbeziehung. Die Individualisierung der Konten ist eine Grundvoraussetzung funktionierender Arbeitsmärkte und der Mobilisierung der Arbeitskräfte, weil durch die Mitnahme von Anwartschaften ohne Verluste erstmals Betriebswechsel möglich werden.²⁹ Das individuelle Konto ist das Eigentum der Arbeitskraft und kann vererbt werden. Das neue Wohlfahrtssystem steht also im Einklang mit den Entwicklungen der marktförmigen Erwerbsarbeit und selbstbestimmten Erwerbsbiographien der Arbeitskräfte.

Wohlfahrtssysteme benötigen eine Vertrauensbasis und der Garant für dieses Vertrauen ist in vielen Ländern der Staat. Gerade im Falle von Alterssicherungssystemen ist die Zeitspanne bis zum Eintritt in den Leistungsbezug lang. Ältere Erwerbstägige und Rentner benötigen Vertrauenschutz und Kontinuität, jüngere Erwerbstägige müssen Vertrauen in die langfristige Stabilität des Systems und in die Sicherheit ihrer Geldanlagen haben. In China ist die Grundlage für solches Vertrauen äußerst brüchig.³⁰ Das alte System wird auf Kosten der jungen Generation aufrechterhalten und höhlt die Ansprüche der jungen Erwerbstägigen aus. Die sozialistischen Garantien für die Altrentner sind so beträchtlich, dass die Beiträge unangemessen hoch sind und damit Akzeptanz und Partizipation im Alterssicherungssystem bei Betrieben und Individuen sinken.

Hohe Partizipationskosten bzw. der Ausschluss großer Bevölkerungsteile aus dem öffentlichen Wohlfahrtssystem bilden die Grundlagen dafür, dass Familie und Verwandtschaft das eigentliche und unverzichtbare Sicherheitsnetz bilden. Auf dem Land galt das schon immer, aber angesichts der demographischen Entwicklung - geringe Kinderzahlen und starke Alterung - und der zunehmenden Mobilität der Erwerbsbevölkerung nimmt die Verlässlichkeit dieses Netzes ab.

29) Früher weigerten sich die Staatsbetriebe ältere Arbeitskräfte einzustellen, weil sie als aufnehmende Betriebe die sozialen Folgekosten allein zu tragen hatten.

30) Die wichtige erste Säule des sozialen Sicherungssystems (vor allem in der Altersversicherung) ist vom Prinzip her an Kapitaldeckungssysteme angelehnt, arbeitet in der Praxis jedoch häufig wie ein Umlageverfahren. Immer wieder wird von lokalen Behörden berichtet, die zu akkumulierende Gelder zweckentfremdet verausgaben. Sie untergraben damit den moralökonomischen Kontrakt auf dem sozialen Sicherungssysteme basieren.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Entwicklung von Arbeitsmärkten und die Kommodifizierung der Arbeit die Fundamente des sozialistischen Erwerbs- und Wohlfahrtssystems erodiert haben. Die Institutionenbildung für ein marktbestimmtes Erwerbssystem und ein betriebsunabhängiges Wohlfahrtssystem befindet sich noch in den Anfängen. Das politische System kämpft derzeit an zwei Fronten. Einerseits soll die sozialistische Hinterlassenschaft soweit wie möglich und notwendig - auch im Sinne eines Vertrauensschutzes - aufrecht erhalten werden, andererseits sollen die Marktkräfte gefördert und nur noch durch eine ausgleichende Sozialpolitik geziert werden. Dieser Prozess gestaltet sich immer schwieriger, je mehr den Individuen heute neue Chancen offen stehen, aber auch die Risiken wachsen. Qualifikation und Informationsstand der Menschen erhöhen sich und eigenverantwortliches Handeln wird gestärkt. Die Verteilung der Chancen und Risiken ist aber ungleich.

4. Erwerbsarbeit und Vergesellschaftung in und durch Arbeit

Erwerbsarbeit, biographischer Wandel und individuelle Identitätskonstruktion

Die Auswirkungen des Transformationsprozesses auf die Arbeit betreffen die Lebensläufe und Identitätskonstrukte der Menschen. Grundlegende Umbrüche erfordern eine Reinterpretation der Vergangenheit, eine neue Sinngebung der Lebensläufe und nicht zuletzt eine Umwertung bestimmter Lebensbereiche, wie Familie, Beruf oder Politik. Diese Auswirkungen betreffen die Menschen in unterschiedlicher Weise. Große Unterschiede bestehen zwischen Stadt und Land, Generationen und Alterskohorten, Bildungsgruppen und Geschlecht sowie Beschäftigten im vormaligen privilegierten Staatssektor und sonstigen Arbeitskräften, Kadern und Arbeitern.

Generell veränderten sich die Lebenslaufmuster durch die Freisetzung der Menschen aus den administrativen Zwängen, welche zuvor die Übergänge aus dem Bildungswesen ins Erwerbsleben, die Arbeitskarrieren sowie die regionale Mobilität der städtischen und ländlichen Bevölkerung begrenzt hatten. Lebensläufe und Gelegenheitsstrukturen waren durch die Arbeitsplanung sowie die Institutionen *danwei* und *hukou* determiniert. Diese Institutionen vermittelten Sicherheit, schränkten aber persönliche Entscheidungsmöglichkeiten über Lebenslaufsequenzen ein. Aus der Lebenslaufperspektive verweisen die aktuellen Veränderungen der Arbeitsgesellschaft auf neue Übergänge, Sequenzen und Lebensläufe. Diese Perspektive hebt aber nicht nur die Dynamik individueller Lebensläufe hervor, sondern auch den Wandel in den Determinanten der Sozialstruktur.

Zwischen Stadt und Land bestehen trotz der gestiegenen Mobilität noch immer erhebliche Barrieren und ungleiche Lebenschancen. Die ländliche Mehrheit der Erwerbsbevölkerung ist nicht erst seit Einführung der Marktwirtschaft unterprivilegiert und ihre Lage war immer regional sehr unterschiedlich. Heute ist sie zwar aus den Zwängen der kollektiven Produktionsorganisation befreit, aber der ländliche *hukou* schränkt den Handlungsspielraum weiterhin ein. Bauern müssen eigenständig nach neuen Möglichkeiten der Existenzsicherung suchen und sind vom Markt abhängig geworden, sei es als landwirtschaftliche Produzenten, als Arbeitskräfte in Dorf- und Gemeindeunternehmen, als selbständige Gewerbetreibende oder Arbeitsmigranten. Insgesamt haben sich ihre Möglichkeiten erweitert, aber auch ihr Risiko. Migration ist zu einer Handlungsoption für die ländlichen Haushalte geworden und verbessert die ökonomischen Lebenschancen. Für Ende 2001 werden 130,86 Mio. Migranten geschätzt, von denen 80 Mio. Arbeit in den Städten gefunden haben sollen (MLSS o. J. 2003: 29).³¹ In den Städten werden

31) Diese Zahl ist zwar offiziell, dessen ungeachtet aber nur mit Vorsicht zu nutzen. Im chinesischen Verständnis ist Migration nur formelle »Versetzung«. Eigenständig veranlasste Land-Stadt-Mobilität wird als unregistrierte und nur geschätzte Wanderung erfasst (Cai 2003: 3f).

ländliche Migranten aber weiterhin als Bürger zweiter Klasse behandelt. Stadtregierungen schließen sie von bestimmten Arbeitsplätzen oder Leistungen (z.B. Schulbesuch für die Kinder) aus. Der städtische Arbeitsmarkt bietet den Migranten zumeist informelle Nischen und absorbiert sie vor allem im Dienstleistungssektor und Baugewerbe. Soziale Sicherheit gewährt ihnen noch immer in erster Linie Familie und Verwandtschaft. Einige strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land beginnen sich jedoch einzuebnen. Die im Gesetz in Aussicht gestellte Teilhabe der Migranten an der Sozialversicherung im Falle einer regulären städtischen Beschäftigung kann ein Beispiel sein. Damit ergeben sich erste Anzeichen für die Aufhebung der Dualität zwischen den städtischen und ländlichen Teilgesellschaften.

Die Umgestaltung der Lebenslaufmuster betrifft die Angehörigen verschiedener Alterskohorten in unterschiedlichem Ausmaß. Das »sozialistische Normalarbeitsverhältnis« war Standard für die ältere Generation und das sozialistische Arbeitsverständnis unterfütterte den Sinn von Arbeit. Die Restrukturierung des öffentlichen Sektors, die Aufkündigung der *danwei* und die Freisetzung von Staatsbeschäftigten stellt den wohl wichtigsten Bruch mit der sozialistischen Arbeitsgesellschaft dar. Es sind sicher nicht allein materielle Probleme, die »ältere« (d.h. jenseits der 45 Jahre) Menschen zur vollständigen Reinterpretation ihrer Erwerbsbiographien zwingen, wenn sie aus dem Staatssektor entlassen und mit Arbeitslosigkeit konfrontiert werden. Im einstmalen privilegierten Beschäftigungssektor findet sich eine Verlierergruppe zusammen, d.h. chancenlose ältere, wenig qualifizierte und immobile Arbeitskräfte. Die Restrukturierung des Staatssektors zwingt die Arbeitskräfte zu einem neuen Verständnis von Arbeit und zur Orientierung am Arbeitsmarkt. Viele jüngere Staatsbeschäftigte haben dagegen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt rechtzeitig ergriffen und von sich aus den Staatssektor verlassen. Aber auch die heutige jüngere städtische Generation steht vor einer neuen Situation. Der Staatssektor ist ihnen weitgehend verschlossen, weil er kaum noch Arbeitskräfte einstellt. Diese Generation hat zwar größere Freiheiten als frühere Generationen, aber sie ist gezwungen, ihre Qualifikation und Arbeitskraft zu vermarkten. Einige finden Arbeit und soziale Sicherheit im formellen privaten, andere nur Arbeit im informellen Sektor.

Bildung spielt eine immer bedeutsamere Rolle für die Chancen auf beruflichen Ein- und Aufstieg. Bildung hatte eine wechselvolle Geschichte im sozialistischen China. Vor den marktwirtschaftlichen Reformen hatten politische Richtungswechsel großen Einfluss auf Bildungsziele, Bildungseinrichtungen und Abschlüsse³² und setzten die verschiedenen Alterskohorten wechselnden Zugangsregeln zu Arbeitsplätzen aus. Erst der Reformbeginn brachte eine Abkehr vom kulturrevolutionären, vollständig politisierten Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen. Meritokratische Kriterien für den Arbeitszugang und Aufstieg wurden aufgewertet³³ und die individuelle Qualifikation in den Berufskarrieren wurde wichtiger. Der einstmalen staatlich administrierte Übergang von Hochschulabsolventen in privilegierte Arbeitseinheiten und den gehobenen Kaderstatus wurde inzwischen aufgehoben. Heute sind sie starker Konkurrenz ausgesetzt. Viele müssen (trotz Mangel an Fachkräften) Lohneinbrüche hinnehmen und die mit einem Studium verbundenen Hoffnungen fallen lassen. Zwar wird Qualifikation heute insgesamt stärker honoriert und begünstigt soziale Mobilität, aber sie führt nicht zwangsläufig zum Aufstieg.

32) Z.B. die höhere Bewertung manueller gegenüber geistiger Arbeit während der Kulturrevolution; Reduktion der tertiären Bildung zugunsten der Massenbildung.

33) Die Reformpolitik blieb trotz allem halbherzig und in bestimmten Phasen setzten sich Praktiken wie »Arbeitsplatzvererbung« (*dingti*) oder »interne Rekrutierung« (*neizhao*) in die Staatsbetriebe durch. »Ersetzung« durch Familienangehörige bezieht sich auf eine Beschäftigungspolitik, bei der die Kinder von Angehörigen einer *danwei* den Arbeitsplatz der Eltern übernehmen konnten, »interne Suche« bedeutet die bevorzugte Rekrutierung der Kinder von *danwei*-Mitgliedern.

Frauen waren – wenigstens nach offizieller Lesart – in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft gleichberechtigte Arbeitskräfte. Sie waren voll und lebenslang erwerbstätig und hatten gleiche Ansprüche an die sozialen Sicherungssysteme. Trotz des gesellschaftlichen Gleichheitsanspruchs waren ihre Arbeitsbedingungen und Löhne aber häufig schlechter als die der Männer. Die Kommodifizierung der Arbeit verschlechtert ihre Chancen weiter. Frauen sind zuerst von Arbeitslosigkeit betroffen, werden auf flexible Arbeit oder Zeitarbeit verwiesen oder sogar vollständig ausgegrenzt. Ergebnisse einer empirischen Studie sprechen für eine starke geschlechtsspezifische Segmentbildung in der Erwerbsstruktur, die in vieler Hinsicht zum Nachteil der Frauen ist (Dong 2004). Frauen sind auch in besonderem Maße von der Umwertung gesellschaftlicher Lebensbereiche betroffen, d.h. sie müssen biographisch Familie und Arbeitswelt verbinden.

Die Auswirkung der Transformation auf die Arbeit, die institutionellen Veränderungen in der Erwerbsarbeit und die Erfordernisse neuer Lebenslaufkonstruktionen verschiedener Gruppen konnten hier nur exemplarisch angedeutet werden. An die Stelle der alten staatlichen Zwänge treten neue institutionelle Abhängigkeiten, wie z.B. bei städtischen Jugendlichen die Abhängigkeit von Bildungsabschlüssen oder bei ländlichen Arbeitsmigranten die Abhängigkeit von familialen, ethnischen und lokalen Netzwerken. Die Veränderungen in den Lebensläufen erfordern neue Identitätskonstruktionen und die Ausbildung neuer Verhaltensdispositionen. Humankapital muss nach Marktregeln aufgebaut und verausgabt werden. Subjektive Erwartungen an die Arbeit und ihre Bedeutung für das eigene Leben sind individuell zu entwickeln. Arbeit wird in ein neues Verhältnis zu anderen Lebensbereichen gesetzt und neue Standards für Normalbiographien müssen sich noch herausbilden. Die Beziehungen zwischen der Erwerbssphäre und dem privaten Bereich der Familie, zwischen Arbeitsphäre und Politik oder zwischen Arbeit, Freizeit und Konsum unterliegen einem Wandel, der grundlegende Wertvorstellungen und bislang gültige Gewichtungen veränderte.

Formen gesellschaftlicher Integration

Das planwirtschaftliche China war eine Arbeitsgesellschaft, in der die Arbeiter über ihre *danwei*-Zugehörigkeit und die Identifikation mit dieser Organisation umfassend und alternativlos in die Gesellschaft integriert waren. Obwohl der gut zwei Jahrzehnte andauernde Transformationsprozeß in China keinen ähnlich abrupten Bruch mit den alten Institutionen auslöste, wie beispielsweise in der ehemaligen DDR, so war die Auflösung der *danwei* ein deutlicher Einschnitt in die Prozesse gesellschaftlicher Integration. Die moralökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft wurden insofern aufgekündigt, als sich der Staat aus seiner Rolle als Garant für Arbeit und soziale Sicherheit zurückzog und ein Vakuum erzeugte. In dem inzwischen bedeutenden Privatsektor bestand nie eine staatlich garantierte Sicherheit, Versorgung und Kontrolle und da dieser Sektor inzwischen die Mehrheit der Beschäftigten absorbiert, sind in dieser zivilen Sphäre neue Institutionen auszubilden.³⁴ In der gegenwärtigen Umbruchssituation vollzieht der chinesische Nationalstaat einen Balanceakt zwischen der politischen Systemstabilisierung und dem Erhalt seiner Glaubwürdigkeit auf der einen Seite und der staatlichen Neustrukturierung und Funktionsbestimmung auf der anderen Seite.

Arbeit wurde mit der Entstehung der Marktwirtschaft zum Produktionsfaktor und zur Lohnarbeit. Für staatliche und private Betriebe steht die Arbeitsleistung der Beschäftigten im

34) Ein Beispiel für den Prozess der allmählichen Erosion der sozialistischen Moralökonomie geben Unger/ Chan (2004) anhand von subventionierten Wohnungsverkäufen in einer staatlichen Schnapsfabrik. Die Belegschaft leistete Widerstand gegen die Forderung, Versorgungsleistungen zu privatisieren und die »gerechte« Kompensation für die Lebensarbeit aufzukündigen.

Mittelpunkt und nicht deren private Lebenssphäre (Heirat, Geburten, Freizeit). Private Arbeitsverträge (sofern es sie gibt!) regeln die Arbeitsbeziehungen. In der neu entstandenen Marktkökonomie werden neue Formen für die Herausgabe von Arbeit und die Bindungen in der Verwertung von Arbeit entwickelt. Diese zivilrechtlichen Regelungen binden Arbeitskräfte in spezifische Vertragsverhältnisse ein, aber sie betreffen nicht deren gesamte Lebenssphäre.

Die Transformation ist ein Prozess der Umwertung verschiedener gesellschaftlicher Bereiche. Für die Beschäftigten trennen sich nicht nur die Lebenssphären, z.B. die Arbeits- von der Privatsphäre, sondern es verschieben sich deren relative Gewichte. So verliert beispielsweise die *danwei* an Einfluss auf die häusliche Situation ihrer Beschäftigten, wenn die Wohnraumbeschaffung über den neu entstandenen Wohnungsmarkt anstelle der kostenlosen Wohnungszuteilung durch den Betrieb erfolgt. Die politische Kontrolle von Privatangelegenheiten schwächt sich bei räumlicher Trennung von Arbeitsplatz und Wohnung deutlich ab. Die Beschäftigten werden für ihre Arbeit mit Geldeinkommen entlohnt. Damit werden sie zu Einkommensempfängern und als solche zu Konsumenten mit ihren individuellen Präferenzen. Kraft ihrer Einkommensposition haben sie Teil an der Konsumgesellschaft, die ihrerseits eine integrierende und strukturierende Bedeutung hat. Im Verhältnis von Erwerbsarbeit und Politik zeichnet sich ebenfalls eine Umwertung ab. Auch die Mitgliedschaft in der KPCh hat spürbar an Attraktivität verloren, seit die Partei nur noch geringe Bedeutung für die Verteilung von Arbeitsplätzen und Status hat. Die politische Sphäre verliert im Alltag an praktischer Relevanz.

Es wäre spekulativ, Aussagen über das relative Gewicht der verschiedenen Institutionen für die gesellschaftliche Integration zu treffen. Prinzipiell muss eine Gesellschaft ihre Mitglieder nicht nur oder nicht in erster Linie über die Erwerbsarbeit integrieren. Die Integration kann auch auf anderen Institutionen (z.B. auf Verwandtschaft) beruhen. Wie in allen sozialistischen Gesellschaften hatte in China Arbeit für Männer und Frauen einen vergleichbar großen Stellenwert und Frauen wurden aus einer traditionell untergeordneten familialen Rolle herausgeführt. Die Entwicklung zur marktvermittelten Erwerbsarbeit schließt Frauen nun wieder verstärkt aus und verweist sie auf die häusliche Sphäre. Sie erfahren die Umwertung verschiedener Lebensbereiche besonders stark.

Grundlagen gesellschaftlicher Differenzierung und Ungleichheit

Die marktwirtschaftlichen Veränderungen strukturieren nicht nur die Lebensläufe, sondern greifen weit über die Arbeit und den Arbeitsmarkt hinaus. Sie betreffen die Fundamente der gesellschaftlichen Differenzierung und Ungleichheit und die besondere Rolle, die Arbeit für die Sozialstruktur spielt. Die alte politische Kategorisierung der Bevölkerung und die ideo-logisch begründeten Segmente treten gegenüber neuen gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen zurück. Die Zunahme unterschiedlicher Lebensentwürfe macht die Lebenssituationen nicht nur vielfältiger, sondern auch ungleicher.

Soziale Differenzierung zeigt sich in verschiedenen gesellschaftlichen Sphären, die zuvor durch staatliche Institutionen dominiert waren. Ökonomie, Politik, Familie und Lebensformen, Bildung und Gesundheit sind davon betroffen. Die verschiedenen gesellschaftlichen Sphären differenzieren sich aus, folgen eigenen Funktionsprinzipien und Rationalitäten. Die Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichen Bereichen müssen neu etabliert und definiert werden, z.B. Leistungen des Bildungswesens für die Wirtschaft und umgekehrt.

Ungleichheit und (ländliche) Armut gab es auch während der sozialistischen Periode. Entscheidende Unterschiede bestehen hinsichtlich der veränderten Grundlagen für die gesellschaftliche Ungleichheit und die betroffenen Bevölkerungsgruppen. Mit der Entstehung eines Arbeitsmarktes spreizt sich die Ertragsschere hoher und niedriger Bildung. Die

Positionen in der Erwerbsarbeit sind entscheidend für die Entlohnung und den individuellen Status. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten *danwei* oder zur Partei sind dagegen heute weit weniger statusbestimmend. Die öffentlichen Güter der Vergangenheit (Wohnung, Bildung, Gesundheit, etc.) wurden zu Marktgütern. Mehr als in modernen Wohlfahrtsstaaten entscheidet daher das Erwerbseinkommen nicht allein über den aktuellen Lebensstandard, sondern auch über die Möglichkeit einer eigenverantwortlichen Risikovorsorge. Leistungen der Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge für die Familie und Bildung für die Kinder müssen käuflich erworben werden. Besonders während der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich die städtische Einkommensungleichheit drastisch verschärft und städtische Armut ist entstanden (Khan/Riskin 2001; Meng 2004). Kurz gesagt, Ungleichheit erwächst heute aus der ökonomischen und nicht mehr aus der politischen Sphäre.

Staat und Gesellschaft treten damit in eine neue Beziehung zueinander. Indem sich der Staat zunehmend als indirekte Steuerungsinstanz der Wirtschaft, Erwerbssphäre und der Wohlfahrt versteht, ist seine Aufgabe, gesellschaftlich produzierte Unzulänglichkeiten durch staatliche Sozialpolitik aufzufangen und ein gesellschaftlich unerwünschtes Maß an sozialer Ungleichheit zu korrigieren. Nach den bisherigen historischen Erfahrungen der Industrieländer bildet Erwerbsarbeit die entscheidende Grundlage für die Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion und ihren Erträgen und sie ist auch Ankerpunkt für die gesellschaftliche Kohäsion. Die Determinationskraft der Erwerbsarbeit für die Individuen und die Gesellschaft muss sich in der Institutionenbildung niederschlagen und Möglichkeiten zur Entwicklung neuer moralökonomischer Grundlagen schaffen. Allerdings fehlt den autonomer werdenden Bürgern in China bislang der entscheidende politisch-demokratische Diskurs einer Zivilgesellschaft über die Leitideen von Gleichheit und Gerechtigkeit.

5. Fazit

Die vorangehenden Ausführungen sollten verdeutlichen, wie die Transformation der sozialistischen Arbeitsgesellschaft den Stellenwert von Arbeit verändert hat. Die Restrukturierung des Staatssektors mit der Auflösung der *danwei* und der dynamisch wachsende Privatsektor entzog Arbeit dem unmittelbaren politischen Zugriff. Als Erwerbs- bzw. Lohnarbeit unterliegt sie heute in weiten Bereichen der Logik des Marktes. Der Vergleich der planwirtschaftlichen mit der marktwirtschaftlichen Arbeitsgesellschaft unterstreicht die gesellschaftsstrukturierende Kraft der Arbeit. Erwerbsarbeit wurde zum wirklichen Produktionsfaktor und sie bildet eine eigenständige gesellschaftliche Sphäre, die nicht länger der politischen Logik folgt.

Der sozialistische Staat kategorisierte die chinesische Bevölkerung und kontrollierte sie über sein Monopol der Arbeitsplatzzuteilung. Es waren letzten Endes seine ideologischen Prämissen (Parteiführung und Arbeiterklasse als Avantgarde) und bürokratischen Institutionen (*hukou*, *danwei*, Kadersystem), welche die Arbeits- und Lebenschancen der Menschen bestimmten, die chinesische Gesellschaft in Segmente teilte und Ungleichheiten hervorrief. Heute geht die gesellschaftliche Differenzierung und Ungleichheit nicht mehr von der Politik aus, sondern ist auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse zurückzuführen.

Der veränderte Stellenwert von Arbeit eröffnet den Menschen größere Handlungsspielräume und Autonomie, die sie nach ihren Qualifikationen, Leistungen und Motivationen füllen können und müssen. Es entstehen aber nicht nur Freiräume, sondern auch bislang nicht bekannte Risiken und neue institutionelle Abhängigkeiten, im besonderen vom Arbeitsmarkt oder dem Bildungswesen. Die gesellschaftliche Einbindung der Menschen ist mehrdimensionaler und dadurch deutlich komplexer geworden. Die Entwicklung erzwingt von den Individuen eine größere Eigenleistung für die Sinngebung ihrer Lebensläufe und die Konfiguration ihrer persönlichen Lebenssphären. Chancen und Risiken sind biographisch und geschlechtspezifisch ungleich verteilt.

Der Transformationsprozess entpolisierte die Determinanten gesellschaftlicher Strukturierung und differenzierte das Ungleichheitsgefüge. In Umkehrung früherer Verhältnisse, muss der Staat heute den politisch als gleich verstandenen Bürgern, gleiche bürgerliche, politische und soziale Rechte zubilligen, Handlungsmöglichkeiten eröffnen und Marktunzulänglichkeiten korrigieren. Am Horizont scheint daher die Idee einer neuen Arbeitsgesellschaft auf, die eine Bürgergesellschaft wäre. Sie könnte Vorbedingung einer demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung sein.

Literatur

- Brooks, Ray/ Ran, Tao (2004), China's Labor Market Performance and Challenges, in: *China & World Economy*, 12, 1, S.21-35.
- Cai, Fang (2003), *Migration and Socio-economic Insecurity: Patterns, Processes and Policies*, Geneva, International Labour Office.
- Chen, Feng (2003a), Between the State and Labour: the Conflict of Chinese Trade Unions' Double Identity in Market Reform, in: *The China Quarterly*, December, S.1006-1028.
- Chen, Feng (2003b), Industrial Restructuring and Worker's Resistance, in: *Modern China*, 29, 2, S.237-262.
- Clarke, Simon/ Lee, Chang-Hee/ Li, Qi (2004), Collective Consultation and Industrial Relations in China, in: *British Journal of Industrial Relations*, 42, 2, S.235-254.
- CLSY (2003), *China Labour Statistical Yearbook*, Beijing.
- Conrad, Sebastian/ Macamo, Elisio/ Zimmermann, Bénédicte (2000), Die Kodifizierung der Arbeit: Individuum, Gesellschaft, Nation, in: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/ New York, S.449-475.
- Darimont, Barbara (2003a), Rechtssetzung und Kontrolle der Gesetzesdurchführung in der V.R. China, in: *Verfassung und Recht in Übersee*, 36, S.511-528.
- Darimont, Barabara (2003b), Rechtsgrundlagen der chinesischen Sozialversicherung, in: *China aktuell*, September, S.1102-1116.
- Han, Dongping (1999), The *hukou* system and China's rural development, in: *Journal of Developing Areas*, 33, 3, S.355-378.
- Harris, Peter (2002), The origins of modern citizenship in China, in: *Asia Pacific Viewpoint*, 43, 2, S.181-202.
- Hebel, Jutta (1997), *Chinesische Staatsbetriebe zwischen Plan und Markt. Von der »Danwei« zum Wirtschaftsunternehmen*, Hamburg, Institut für Asienkunde.
- Hebel, Jutta (2003), *danwei*, in: Staiger, B./ Friedrich, S./ Schütte, H.-W. (Hrsg.), *Das Große China-Lexikon*, Darmstadt, S.145-146.
- Hebel, Jutta (2004), »Transformation des chinesischen Arbeitsmarktes: Gesellschaftliche Herausforderungen des Beschäftigungswandels«, Göttingen, Institut für Rurale Entwicklung.
- Hebel, Jutta/ Schucher, Günter (1990), Das Arbeitsvertragssystem in der VR China - Ein Beitrag zur Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen?, in: *Osteuropa Recht*, 36, 1, S.53-72.
- Hebel, Jutta/ Schucher, Günter (1992a), *Die Reform der »Drei Eisernen«: Strukturwandel im chinesischen Arbeitssystem*, Köln.
- Hebel, Jutta/ Schucher, Günter (1992b), *Zwischen Arbeitsplan und Arbeitsmarkt. Strukturen des Arbeitssystems in der VR China*, Hamburg.
- Hebel, Jutta/ Schucher, Günter (1999) (Hrsg.), Der chinesische Arbeitsmarkt. Strukturen, Probleme, Perspektiven. Hamburg.
- Jackson, Richard/ Howe, Neil (2004), The graying of the middle kingdom. The Demographics and Economics of Retirement Policy in China, Newark.
- Khan, Azizur Rahman/ Riskin, Carl (2001), Inequality and Poverty in China in the Period of Globalization. New Evidence on Trend and Pattern, Oxford; New York et al.
- Kocka, Jürgen (2000), Arbeit früher, heute, morgen: Zur Neuartigkeit der Gegenwart, in: Kocka, Jürgen/ Offe, Claus (Hrsg.), *Geschichte und Zukunft der Arbeit*, Frankfurt/ M.; New York, S.476-492.

- Lü, Xiaobo/ Perry, Elizabeth J. (1997) (Hrsg.), *Danwei: the changing Chinese workplace in historical and comparative perspective*. Armonk, N.Y., London.
- Mallee, Hein (1998), Rural Labour Mobility in China, in: Christiansen, Flemming/ Zhang, Junzou (Hrsg.), *Village Inc. Chinese Rural Society in the 1990s*, Richmond, S.212-229.
- Meng, Xin (2004), Economic Restructuring and Income Inequality in Urban China, in: *Review of Income and Health*, 50, 3, S.357-379.
- MLSS (o.J. [2003]), 'Labour and Social Security in China', Beijing, Ministry of Labour and Social Security PR of China.
- Mok, Ka-ho/ He, Cai (1999), Beyond organized Dependence: A Study of Workers' Actual and Perceived Living Standards in Guangzhou, in: *Work, Employment & Society*, 13, 1, S.67-82.
- Oi, Jean C. (1989), *State and Peasant in Contemporary China. the Political Economy of Village Government*, Berkeley; Los Angeles; Oxford.
- Schucher, Günter (2004), Berufliche Bildung soll den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes angepasst werden., in: *China aktuell*, Juni, S.614-616.
- Shang, Xiaoyuan/ Wu, Xiaoming (2004), Changing Approaches of Social Protection: Social Assistance Reform in Urban China, in: *Social Policy & Society*, 3, 3, S.259-271.
- Solinger, Dorothy J. (2002), Economic Informalisation by Fiat: China's New Growth Strategy as Solution or Crisis?, in: Tomba, Luigi (Hrsg.), *East Asian Capitalism. Conflicts, Growth and Crisis*, Milano, S.373-417.
- SSB (2003), *China Statistical Yearbook 2003*, Beijing.
- SSB (2004), *China Statistical Yearbook 2004*, Beijing.
- Tang, Wenfang/ Parish, William (2000), *Chinese Urban Life under Reform. The Changing Social Contract*, Cambridge.
- Tomba, Luigi (2002), *Paradoxes of Labour Reform*, London.
- Unger, Jonathan/ Chan, Anita (2004), The Internal Politics of an Urban Chinese Work Community: A Case Study of Employment Influence on Decision-Making at a State-Owned Factory, in: *The China Journal*, 52, S.1-24.
- Walder, Andrew G. (1988), *Communist Neo-Traditionalism. Work and Authority in Chinese Industry*, Berkeley; Los Angeles; London.
- Wang, Fei-Ling (2004), Reformed Migration Control and New Targeted People: China's Hukou System in the 2000s, in: *The China Quarterly*, S.115-132.
- Wang, Yubo/ Hohenberg, Geno (1995), *Arbeitsgesetz der Volksrepublik China.*, in: *China aktuell*, Juni, S.504-510.
- Warner, Malcom/ Ng, Sek-Hong (1999), Collective Contracts in Chinese Enterprises: A New Brand of Collective Bargaining under 'Market Socialism', in: *British Journal of Industrial Relations*, 37, 2, S.295-314.
- Weymann, Ansgar (2003), The Life Course, Institutions, and Life-Course Policy, in: Heinz, WalterR./ Marshall, VictorW. (Hrsg.), *Social Dynamics of the Life Course. Transitions, Institutions and Interrelations*, New York, S.167-191.
- White Paper (2004), *China's Employment Situation and Policies*, Beijing, Information Office of the State Council of the People's Republic of China.
- Xue, Jinjun/ Zhong, Wei (2003), Unemployment, Poverty and Income Disparity in Urban China, in: *Asian Economic Journal*, 17, 4, S.383-405.
- Yu, Nanping (2004), Fresh Graduates Face Unemployment, in: *China Perspectives*, 51, 1, S.4-11.
- Zhang, Junhua (2003), Der Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in der VR China - eine kritische Be- trachtung. Teil 1, in: *China aktuell*, Juli, S.866-875.
- Zhang, Linxu/ Huang, Jikun/ Rozelle, Scott (2002), Employment, emerging labor markets, and the role of education in rural China, in: *China Economic Review*, 13, S.313-328.